

Rede von Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld
zur Einbringung des Etats 2008
am Donnerstag, 20.09.07, gegen 16.00 Uhr,
Ratssaal
Sperrfrist: 16.30 Uhr

Anrede,

heute befassen wir uns zum zweiten Mal im Kalenderjahr 2007 mit einem HH-Plan. Sie werden verstehen, dass ich mit Stolz darauf hinweise. Wird daran doch erkennbar, dass die Verwaltung sehr verantwortungsvoll und gut arbeitet.

Bei der Einbringung des 2007er Etats und der Eröffnungsbilanz nach NKF, habe ich davon gesprochen, dass damit ein neues Zeitalter öffentlicher Haushaltswirtschaft anbreche. Einige unter Ihnen waren damals der Meinung, diese Formulierung sei „zu hoch“ gegriffen. Ich bin sicher, dass alle inzwischen die Chancen der doppischen Haushaltsführung für Kommunen erkannt haben.

Allein die Tatsache, dass wir unsere Immobilien jetzt angemessen abschreiben und die notwendigen Unterhaltungsrückstellungen bilden, ist ein riesiger Fortschritt und wird helfen, Qualität zu sichern.

Das Jahr 2007 hat sich in finanzieller Hinsicht für die Stadt Mülheim gut entwickelt. Betrug unser Gewerbesteueransatz in den Planungen für 2007 noch 120 Mio. Euro, so haben wir unsere Prognose zum Jahresende auf 145 Mio. Euro erhöht. Ferner wurde mit dem ersten Teil der Unternehmenssteuerreform den Kommunen die Steuerquelle der Gewerbesteuer verstetigt und erhalten. Ob die Steuerreform allerdings am Ende für die Kommunen aufkommensneutral sein wird, darauf muss ein Auge gerichtet bleiben.

Außerdem entwickelte sich die Steuerkraft der in Mülheim ansässigen und Gewerbesteuer zahlenden Unternehmen so gut, dass wir unsere HH Planung für 2008 auf der Ertragsseite positiv anpassen konnten.

Zum ersten Mal – so sagt der Kämmerer – ist die Wahrscheinlichkeit einer Konsolidierung des städtischen Haushaltes, einer Entschuldung aus eigener Kraft überhaupt wieder vorstellbar. Das ist in der Tat eine völlig andere Ausgangslage als in den vorausgegangenen Jahren. Gleichzeitig gibt es für uns aber keinerlei Anlass, in den Bemühungen um Schuldenabbau und Haushaltskonsolidierung eine Pause einzulegen oder gar davon abzulassen. In 2008 wird unser Defizit immer noch rund 34 Mio. Euro betragen!

Das gerade Gesagte gilt zum einen, weil die verbesserte Einnahmensituation durchaus ihre Kehrseite hat: Wir bekommen für das Jahr 2008 weniger Schlüsselzuweisungen vom Land. Wir hatten im Haushaltsjahr 2007 noch rund 32 Mio. Euro. Durch die gestiegenen Einnahmen werden wir im nächsten Jahr nun aber nur 16 Mio. Euro vom Land erhalten. Das sind rund 50 Prozent weniger als im Vorjahr!

Zum anderen ist festzustellen, dass das Konnexitätsgesetz (Wir erinnern uns: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen) immer noch nicht richtig umgesetzt wird. Den Städten werden immer wieder neue Aufgaben von der Bundes- und Landesebene zugewiesen und es werden Gesetzesänderungen beschlossen, die zu Mehrausgaben in den kommunalen Haushalten führen, ohne dass die Städte an den Entscheidungsprozessen beteiligt werden.

Die NRW Landesregierung hat zum Beispiel ehrgeizig damit begonnen, den Landeshaushalt zu entschulden. Leider geschieht das in der Mehrzahl der Fälle auf Kosten der kommunalen Ebene.

Die Instrumente dazu sind vielfältig: Neben der direkten Mittelkürzung ist es die Kommunalisierung von Aufgaben staatlicher Sonderbehörden. Zu der schon beschlossenen Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen kommen in Düsseldorf kreierte öffentlichkeitswirksame Initiativen wie „JeKi“ (= jedem Kind ein Instrument). All das stellt Städte plötzlich vor Mehrausgaben, die ihre eigenen kommunalen Gestaltungspläne zu Makulatur werden lassen. Doch nicht nur das: Sie bringen den KommunalpolitikerInnen überdies noch den Zorn der vor Ort von Kürzungen oder plötzlichen Mehrbelastungen betroffenen BürgerInnen (Beispiel KiTa-Gebühren).

So sieht keine Politik aus, die kommunale Selbstverwaltung ernstnimmt.

Ich habe anlässlich der Informationsveranstaltung über das Finanzierungsinstrument ÖPP ausführlich darüber informiert, welche Leistungen die Städte im Rahmen ihrer Verpflichtung zur kommunalen Daseinsvorsorge zu erbringen haben.

Ich wiederhole das gerne noch einmal: Kommunale Daseinsvorsorge, das sind die Versorgung mit Energie und Wasser, die Abwasserbeseitigung ebenso wie der Straßenbau, Feuerwehr, Bildungseinrichtungen, Sportstätten, Schwimmbäder, ÖPNV, Kultureinrichtungen, Bibliotheken und eine Vielzahl sozialer Dienste.

Natürlich gilt diese Verpflichtung immer – unabhängig von der Kassenlage der jeweiligen Stadt.

Natürlich gilt gleichzeitig die von mir eingangs bestätigte Verpflichtung zur Sanierung des städtischen Haushaltes.

Natürlich gilt gleichzeitig die Verpflichtung zu nachhaltigem Handeln, also zur Gestaltung von Zukunft.

Und natürlich gilt es zu prüfen, welche Aufgaben im Bereich der freiwilligen Leistungen denn tatsächlich durch die öffentliche Hand - sprich die Stadt - zu erbringen sind.

Einfach nur zu fordern, es müsse „umgeschichtet“ werden, wie das die MBI so gerne tut, reicht eben nicht. Das Stichwort AWO und die erregte Debatte im letzten Hauptausschuss dazu machen deutlich, was passiert, wenn es ans „Umschichten“ gehen soll.

Die gleichen BürgerInnen, die in Leserbriefen die Unfähigkeit der Verwaltung zur Haushaltskonsolidierung anprangern, rufen bei jeder Ankündigung von Leistungsrückbau oder Gebührenerhöhung nach mehr öffentlicher Aufgabenerledigung.

Die gleichen BürgerInnen, die ein mehr an Kundenorientierung und städtischer Qualität fordern, sind immer weniger bereit, dafür entsprechende Gebühren oder Steuern zu zahlen.

Auch das aus der FDP immer wieder zu vernehmende Märchen, man könne den ÖPNV kostendeckend „fahren“, hilft hier nicht weiter.

Daseinsvorsorge, meine sehr geehrten Herren und Damen, unterliegt eben nicht dem Anspruch, einen Gewinn erwirtschaften zu müssen. Und eine Stadt ist bei aller Verpflichtung zu wirtschaftlichem Handeln zum Glück nicht mit einem Wirtschaftsunternehmen gleichzusetzen!

Darum kann es auch nicht angehen, dass der sogenannte steuerliche Querverbund für private Unternehmen sehr wohl, für „kommunale Konzerne“ aber nicht gelten soll. Damit entfällt für die Kommunen nämlich die Möglichkeit zur Verrechnung von Gewinnen und Verlusten in verschiedenen Teilen des „Konzerns Stadt“, z.B. der Gewinne aus einem Versorgungsunternehmen gegenüber den Verlusten aus dem ÖPNV.

Ich kann nicht einsehen, dass man mit Gewinnen zwar private Taschen füllen dürfen soll, nicht aber öffentliche Kassen entlasten darf. Warum dürfen große Unternehmen mit Kultursponsoring – dessen Bedeutung für Kunst und Kultur im Land will ich damit nicht schmälern - Steuern sparen, wenn Kommunen ihre Gewinne nicht zur Abdeckung

verlustträchtiger Teile der kommunalen Daseinsvorsorge wie ÖPNV oder Theater verwenden dürfen?

Wenn es wahr werden sollte, dass der steuerliche Querverbund wegfällt, dann gehen die kommunalen Haushalte in die Knie. Dann werden entweder Leistungen dramatisch gekürzt oder dramatisch verteuert werden müssen.

Es gibt ein paar Instrumente zur Haushaltssanierung, die ich für Mülheim als nicht zielführend ansehe. In der letzten Woche hat der Düsseldorfer OB sich und seine nunmehr schuldenfreie Stadt medienwirksam gefeiert. Dabei ist diese Botschaft nur ein Teil der Wahrheit, und aller Voraussicht nach ein befristeter dazu. Dies gilt im Übrigen auch für die vollmundigen Sprüche aus Dresden, nachdem dort Entschuldung durch den Verkauf des kompletten kommunalen Wohnungsbestandes herbeigeführt worden war.

Leider leistet die Medienberichterstattung bei diesem Thema nicht immer die notwendige Differenzierung. Und so gehen auch bei mir Schreiben von BürgerInnen ein, die mir entsprechende Zeitungsausschnitte zu baldiger Nachahmung zusenden.

Dazu kann ich nur sagen: Ich halte es für bedenklich, dass sich eine Kommunen komplett aus der Verantwortung zur Stadtentwicklung und steuernden Wohnungspolitik verabschiedet. Dass dies auch in Ostdeutschland geschieht, wo Stadtrückbau nicht zuletzt unter finanzieller Beteiligung westdeutscher Kommunen stattfindet, hat einen besonders unangenehmen Beigeschmack.

Leider wird auch nicht berichtet, dass Düsseldorf die RWE-Aktien viel zu früh verkauft hat und der Stadt so rund 300 Millionen € entgangen sind.

Das Thema RWE-Aktien ist aus kommunaler Sicht - und aus Mülheimer Sicht ohnehin - ein besonderes. Ich erinnere daran, dass der RWE Konzern von Mathias Stinnes und August Thyssen 1905 in unserer Stadt gegründet wurde. Auch das rechtfertigt die Bemühungen der Gründer- und Unternehmerstadt Mülheim an der Ruhr, weiterhin Anteilhaber zu bleiben.

Viel wichtiger aber: Die Dividendenerträge aus dem vorhandene Aktienvermögen sind so hoch, ein Verkauf der Aktien nicht wirtschaftlich wäre!

Der kommunale Mitbesitz am Energieriesen RWE hat auch strategische Bedeutung. Das kommunale Aktienpaket schützt gegen eine mögliche Übernahmen des Konzerns z.B. durch andere Staatskonzerne, Stichwort Gazprom.

Ich bin sicher, dass dies für die Menschen in der Stadt und der Region eine wichtige Rolle spielt. Für den Ministerpräsidenten des Landes NRW ist das jedenfalls so.

Ich möchte Sie bitten, sowohl während der jetzt folgenden Ausführungen des Kämmerers zum Haushaltsplan 2008 als auch in den anstehenden Etatberatungen in Ihren Fraktionen diese Rahmenbedingungen immer im Auge zu behalten.

Nur so können wir die uns gestellte schwierige Aufgabe lösen: den Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden und die Zukunftsfähigkeit und damit Lebensfähigkeit dieser Stadt zu sichern. Wir werden nur solche Investitionen, die diesen Bedingungen genügen, in den nächsten Jahren tätigen können.

Dank für Ihre Aufmerksamkeit.